



Kurswechsel ist notwendig: 800.000 neue Arbeitsplätze sind möglich!

Nach dem unerwarteten Ergebnis der Bundestagswahl zieht sich die Regierungsbildung in die Länge. Jetzt scheinen die Weichen auf eine große Koalition gestellt zu sein. Doch unabhängig davon, wie der Regierungspoker ausgeht und wer Kanzler oder Kanzlerin der Republik wird, ist der Blick auf die künftige Regierungspolitik zu richten. Dabei ist festzuhalten: der bisherige, bereits von einer faktischen großen Koalition betriebene Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist grandios gescheitert. Die Wählerinnen und Wähler haben dies erkannt und einem einfachen „weiter so“ eine klare Absage erteilt. Dabei sind erfolgreiche Alternativen für mehr Beschäftigung möglich, wie eine aktuelle Studie belegt.

Das neoliberale Experiment ist gescheitert

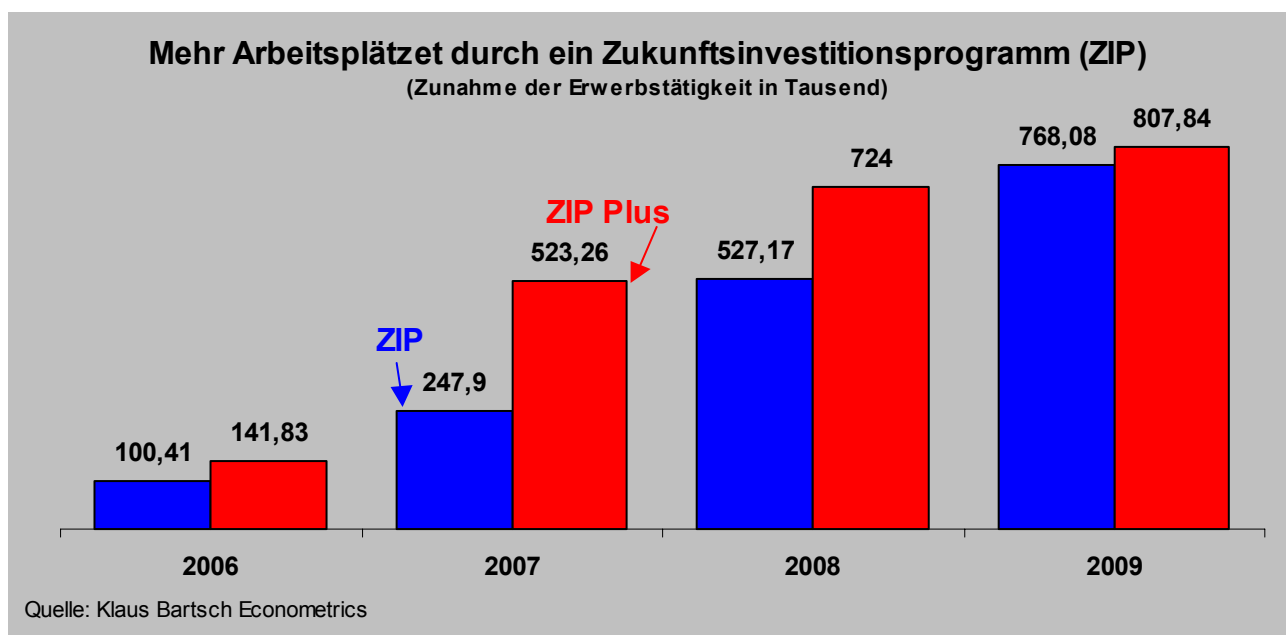
Das gilt in zweierlei Hinsicht: zum einen haben die Bürger dieses Landes dem neoliberalen Experiment die demokratische Legitimation entzogen. Die wichtigsten Protagonisten eines solchen Kurses, CDU/CSU und FDP, haben keine Mehrheit bekommen. Die SPD wurde mit kräftigen Wahlverlusten abgestraft, weil sie mit der Agenda 2010 auf diesen Kurs eingeschwenkt war. Nur die Betonung der sozialen Komponente im Wahlkampf hat für sie Schlimmeres verhindert. Die Linkspartei ist mit einem beachtlichen Stimmenanteil in das Parlament eingezogen.

Die beiden großen Parteien haben viel von ihrer Bindungskraft verloren. Die Verlierer der neoliberalen Politik haben sich stark von ihnen abgewandt. Die gebetsmühlenartig von den Medien verbreitete Meinung, nur durch noch mehr Lohnverzicht, noch mehr Sozialabbau und noch weniger Staat ließen sich Wachstum und Arbeitsplätze schaffen, hat angesichts der langjäh-

rigen und schmerzhaften Erfahrungen nicht mehr verfangen.

Zum anderen ist der bisherige Kurs ökonomisch gescheitert. Grundlage für einen Neuanfang muss eine schonungslose Analyse der Lage sein, die ohne ideologische Scheuklappen Bilanz zieht. Das Scheitern eines langjährigen Experiments ist nicht mehr zu leugnen. **„Keine der vielbeschworenen Reformen, weder die weichgespülten von Rot-Grün noch die harten von Schwarz-Gelb, zaubern Beschäftigung und Einkommen aus dem Hut“** (Heiner Flassbeck in der Financial Times Deutschland).

Die Situation ist allerdings nicht so schlecht, wie sie oft dargestellt wird. Es existiert eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige Industrie, was durch die Exporterfolge eindrucksvoll untermauert wird. Im ersten Halbjahr 2005 wurde mit einem Ausfuhrüberschuss von 84,8 Milliarden € der höchste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik erzielt.



Mangelnde Binnennachfrage verhindert einen nachhaltigen Aufschwung

Trotz der hohen Wettbewerbsfähigkeit gibt es allerdings massive Probleme:

- Die Arbeitslosigkeit bewegt sich mit 4,65 Millionen registrierten Arbeitslosen (Sept.) auf höchstem Niveau.
- Seit dem Konjunkturereinbruch 2000 ist die Wirtschaft kaum noch gewachsen, die längste Stagnationskrise in der Geschichte der Bundesrepublik.
- Die Erosion der öffentlichen Finanzen zeigt sich in der historisch niedrigen öffentlichen Investitionsquote von 1,3 Prozent des BIP (2005), dem Abbau der sozialen Leistungen und wachsender Verschuldung.
- Immer mehr Menschen leben in den sozialen Sicherungssystemen in Armut, aber auch der Niedriglohnbereich wächst rasant.

Alle diese Probleme werden durch einen neoliberalen Wirtschaftskurs verschärft, die versprochenen Wachstumserfolge können dagegen durch die schwindende Binnennachfrage nicht eintreten.

Mit einer neuen Wirtschaftspolitik können fast eine Million neue Stellen entstehen

Die IG Metall fordert seit Jahren ein Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP), mit dem unmittelbar neue Arbeitsplätze entstehen und über eine verbesserte Infrastruktur Lebensqualität und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zunehmen. Erste Ergebnisse einer Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert wird, zeigen die Beschäftigungseffekte eines solchen Programmes auf.

Die Rahmenbedingungen der Simulation sind:

- Die öffentlichen Investitionen werden im Jahre 2006 um 20 Milliarden € erhöht, danach weiter auf 40 Milliarden €.
- Finanziert werden die Ausgaben durch eine solidarische Einfachsteuer, wie sie von der IG Metall, Verdi und attac propagiert wird.
- Neben einem solchen ZIP wird noch ein ZIP Plus durchgerechnet, bei dem zusätzlich von einer Lohnentwicklung entsprechend Zielinflationsrate und Produktivitätswachstum ausgegangen wird.

Im Ergebnis könnten in der kommenden Legislaturperiode (bis 2009) zusätzliche Arbeitsplätze für 770.000 (ZIP) oder sogar 810.000 (ZIP Plus) Erwerbstätige entstehen.

Träger für einen solchen Beschäftigungsschub wären die Wachstumsraten. Sie würden bis 2009 kräftig ansteigen. Dagegen würde - insbesondere bei der Variante ZIP Plus - durch die solide Steuerfinanzierung und steigende Einkommen die Verschuldung nur am Anfang leicht zunehmen und danach zurückgehen.

Weitere Entlastungen für Unternehmen vorgezeichnet: das Steuerkonzept der Stiftung Marktwirtschaft

Die Stiftung Marktwirtschaft ist eine Ideenschmiede und Lobbyorganisation für neoliberale Reformen. Sie basiert auf der Arbeit des Kronberger Kreises, einer Gruppe marktradikaler Wissenschaftler. Die Stiftung hat eine Kommission Steuergesetzbuch ins Leben gerufen, die jetzt eine Steuerkonzeption vorgestellt hat:

- Einführung einer dualen Einkommenssteuer, bei der für Unternehmen andere Steuersätze als für Privatpersonen gelten.
- Diese Unternehmensteuer gilt unabhängig von der Rechtsform (Personen- oder Kapitalgesellschaften), Ausnahmeregelung für Kleinunternehmen.
- Neuordnung der Kommunalfinanzen mit der Abschaffung der Gewerbesteuer.

Von den Medien und den großen Parteien hat der Entwurf bereits viel Lob geerntet. Er setzt die Tendenz der Steuerdebatte der letzten Jahre fort. Gewinner sind vor allem die Unternehmen. Mit einer max. Belastung von 25 Prozent werden sie, ohne Gegenfinanzierung, erheblich entlastet. Bei Gewinnausschüttungen gilt dann allerdings der bisherige Steuersatz.

Verlierer könnten die Kommunen werden, die zwar Kompensationen für den Wegfall der Gewerbesteuer erhalten, die aber nicht ausreichen dürfte. Die gesamte Steuerbasis der öffentlichen Hand würde weiter erodieren. Erste Schätzungen sprechen von Mindereinnahmen von über 15 Milliarden €.

Günstiges wirtschaftliches Umfeld muss genutzt werden

Die derzeit noch günstige außenwirtschaftliche Situation ist eine Chance, die dabei nicht verpasst werden darf. Trotz der Belastungen aus den hohen Ölpreisen sind die Wachstumserwartungen für Europa gestiegen, nehmen die deutschen Exporte noch weiter zu. Ein ZIP würde diesen Effekt auf den Binnenmarkt übertragen.

In den Wahlprogrammen der beiden Parteien finden sich keine Hinweise für einen Kurswechsel. Lediglich die Bedeutung öffentlicher Investitionen betonen beide, ohne allerdings konkret zu werden. Auch die Finanzen der öffentlichen Hand sollten danach nicht weiter ausgeblutet werden. Immerhin Ansatzpunkte, hinter denen in Koalitionsvereinbarungen nicht zurückgefallen werden sollte.

Verlautbarungen aus den beiden Parteien lassen eine Fortsetzung der bisherigen Politik befürchten. Konsolidierung der Staatsfinanzen und Sparpolitik (was in der Krise die Konjunktur weiter belasten würde) sollen auf der Agenda stehen, die Mehrwertsteuererhöhung ist noch nicht vom Tisch. **Das mit einem solidarischen Steuersystem, einem starken Sozialstaat und Arbeitnehmerrechten der Standort gestärkt wird, muss die künftige Regierung lernen.**